

In Berlin sind der „Lokalanzeiger“ und die „Deutsche Zeitung“ in den letzten Tagen aus der Front der schwarz-weiß-rotten Erfüllungspolitiker ausgebrochen und in offene Opposition gegen die Reichsregierung übergegangen. Die deutschnationale Parteileitung in bereits gemachten, in offiziellen Erklärungen die „Zurückweisung unverantwortlicher Vorhänge“ vorzunehmen. Die deutschnationale Pressestelle erklärt, daß der Vorstoß nordwestdeutscher Parteiführungen gegen Stresemann nicht den Absichten der deutschnationalen Volkspartei entspricht. Es wird gegenüber dem „Lokalanzeiger“ weiter erklärt, daß die deutschnationale Volkspartei für den Sicherheitspakt eintritt. Um die Opposition zu dämpfen, haben am Sonnabend der Vorstand und die Landesverbandsvorsitzenden der deutschnationalen Volkspartei in einer Resolution ihre Zustimmung zur Politik des Luther Kabinetts gegeben. Es wird betont, daß die Deutschnationalen nicht aus der Regierung ausstufen gedenken, sondern daß sie das Ziel haben, ihren Einfluß in der Regierung zu härten. Die Resolution des Vorstandes der deutschnationalen Volkspartei gibt ihren Ausschluß über die Ziele der Monarchisten. Sie denken nicht daran, die Machtpositionen, von denen sie heute ergriffen haben, freiwillig preiszugeben. Im Gegenteil, die Oppositions-Resolutionen aus den Provinzen dienen nur als Druckmittel zur Erhebung neuer Positionen. Es ist absurd, zu glauben, daß die deutschnationalen Führer aus der Reichsregierung ausscheiden werden, in dem Augenblick, wo sie im Besitz stehen, sich in Preußen neu zu etablieren. Ob es während der Verhandlungen über den Sicherheitspakt oder nach Abschluß desselben zu personellen Veränderungen in der Reichsregierung kommt, ob die Deutschnationalen ihren erregten Anhänger den Kopf Stresemanns vor die Füße legen werden, ist lediglich eine Frage der Taktik innerhalb der deutschnationalen Führerschaft.

Zur Verhinderung der deutschnationalen Opposition macht Stresemann mit angeblichen außenpolitischen Erfolgen Reklame. Mit großer Geschäftstaktik berichtet die bürgerliche Presse über die hervorragende Führungsmannschaft. Es handelt sich hier um weiter nichts als um die Durchführung längst fälliger Vereinbarungen, und letztendlich um Erfolge der Luther-Regierung. Es wird der Regierung und den deutschnationalen Führern selbst mit den Mitteln Kruppelhafter Demagogie nicht gelingen, ihren alten Scheinstand unter der Bevölkerung zu halten. In allen Fragen sind die deutschnationalen Wähler enttäuscht worden. Der Aufwertungsbeitrag der Monarchisten hat keine Wähler vor den Kopf gestoßen. Die Aufwertungsformulation der deutschnationalen Führer hat diesen Wähler gleichsam ein Licht aufgeleuchtet über die wahren Ursachen des deutschnationalen Aufwertungschwinds. In den laienmännlichen nationalen Fragen haben die Schwarz-weiß-rotten reich und billig vor der Entente kapituliert. Von ihren Versprechungen ist nicht ein Satz erfüllt worden. Dafür aber sind die deutschnationalen Industriellen und Junker in der Befämpfung der Arbeiterklasse, in der Ausplünderung der Arbeiter, Angestellten und Beamten durch Steuern und Lebensmittelzölle unübertrieben.

Der Volksblock, der noch während der Präsidentschaften sich als Hüter und Sachwalter der Interessen der notleidenden Bevölkerung anbot, ist auseinandergebrochen und steht in seinen entscheidenden Teilen im Lager der Monarchisten. Die Sozialdemokratie ist in Preußen im Begriff, endgültig den Kontakt mit den Deutschnationalen abzuschließen. Es bleibt den von den Deutschnationalen betrogenen Arbeitern und Kleinbürgern nur eine Partei, die ihre Interessen ehrlich wahrnimmt. Das ist die kommunistische Partei. Die kommunistische Partei kämpft heute in Deutschland als einzige Partei gegen den Versailles Vertrag und gegen die Dawes-Skandalerei. Sie ist die einzige Partei, die gegen die Unterwerfung unter das Entente-Diktat auftritt und den Sicherheitspakt bekämpft. Gegenüber dem Schwanzenimperialismus der deutschen Bourgeoisie vertreten die kommunistischen Arbeiter das Bündnis mit Sowjetrußland. Es ist Aufgabe der revolutionären Arbeiterklasse, in den Kreisen der Hindenburg-Wähler zu agitieren und ihnen die innenpolitischen und außenpolitischen Ziele der kommunistischen Partei verständlich zu machen. Durch die Arbeit der Kommunisten muß die gegenwärtige Krise der Nationalisten zur Krise der Bourgeoisie werden.

### Empört über die „Linken“ Das Schiedsgericht in Dresden

Wie wir erfahren, sagte gestern in Dresden das Schiedsgericht der SPD über die Anschläge der 23. Während man in Leipzig den Liebmann mitnahm und ihn geteiltlich in dem Bund der Hermann Müller und Jagen behalten will, geht man in Dresden dazu über, die jungen Redakteure und Schulmeister an die Wand zu quetschen. Man will die „Linken“ heraus-schmeißen. Auch hier haben die Ereignisse uns recht gegeben. So berichten heute die Zeitungen, daß das Schiedsgericht keineswegs einfach dazu übergegangen ist, die Bethe-Wirth-Kühn wieder aufzunehmen, sondern das Schiedsgericht hat sich entschieden über die formalen Verstöße gegen das Statut beim Ausschluß der alten bewährten Parteigenossen.

Das Schiedsgericht will diese Verstöße dem Parteitag vorlegen. Das ist die Offenbarung des Parteivorstandes gegen die „Linken“, für die Bethe und Komjorten. So werden die Linken jetzt erledigt für ihre halbe und feige Stellung, für ihr Maulheldentum. Der Spruch des Schiedsgerichtes zeigt aber erneut, für Arbeiter ist kein Platz in der Partei der Bethe und Wels. Arbeiter, zieht die Kniekautzen.

Sincin in die SPD.

### Die SPD-Workerdelegierten des Thüringer Parteitages gegen den Parteivorstand

Jena, 30. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Auf dem Bezirksparteitag der SPD. Groß-Thüringen am Sonntag leiteten die Delegierten aus den Betrieben trotz Widerstand der Vertreter des Parteivorstandes und des Zentralkomitees Hinderings Relationen durch, welche Anweisung, Ablehnung des Reichswehrvertrages und außerparlamentarischen Kampf gegen die Zollvorlage verlangen. Die 1. Resolution lautet:

„Der Bezirksparteitag Groß-Thüringen gibt seiner Entzückung darüber Ausdruck, daß die versprochenen Amnestiegesetze dem Reichstag immer noch nicht zugegangen sind und fordert von der Thüringer Regierung, daß sie ihre Vertreter im Reichstag anweist, der Frage eingehend Beachtung zu schenken, besonders aber auf eine schnelle Schaffung einer umfassenden Amnestie zu drängen. Soweit Ländern bei der

Wir brachten gestern die Meldung des bulgarischen Regierungsbüros „Aristich“, das berichtet, daß von dem Kriegsgericht in „Samatoff“ sieben kommunistische Führer zum Tode verurteilt worden sind. Die Verurteilten sind die bekannten kommunistischen Führer Vitschew, Nowinski, Gorgoff, Kaniardjoff, Gatsch, Petrow und Stiwenski. Sie wurden zum Tode und 200.000 Lewa Geldstrafe verurteilt. Sieben andere Kommunisten sind zu Kerker und 550.000 Lewa Geldstrafe verurteilt worden. Der Militärtribunalhof hat die Todesurteile gegen die Kommunisten von Tschirps, Petrow, Jwanoff, Rudenoff und Nisoff bestätigt.

Wieder sieben neue Opfer für die bulgarischen Denker, die Jantoff-Sekten lassen nicht nach. Fünf Todesurteile sind bereits bestätigt worden. Freilich haben die Banditen einen Freispruch für das neue Mord bekommen. In Prag hat vor wenigen Tagen eine „Untersuchungskommission“ der 2. Internationale gesagt, die in fast allen Punkten die Mordtaten Jantoffs und seiner Helfershelfer, der bulgarischen Sozialdemokraten, gebilligt hat. Jantoff macht nun dem Freispruch der 2. Internationale Gebrauch. Er mordet weiter.

Und die bulgarischen Sozialdemokraten legen die bulgarischen Denker und preisen in ganz Europa ihre „Demokratie“.

Vor der Arbeiterklasse der ganzen Welt soll dieses Verbrechertum der 2. Internationale und ihrer Handlanger schmerzhaft werden. Die Taten der bulgarischen Verräter sollen dies in die letzte Arbeiterbewegung bringen und dort jedem tödlich, wie tief diese „Arbeiterpartei“ im Arbeiterblut wadet. Hier nur wenige dieser Taten:

Die bulgarischen Verräter haben mit dem Segen der 2. Internationale am 9. Juni 1923 offen am militärischen, bürgerlichen Sturze der parlamentarischen Bauernregierung Stambulinski teilgenommen, wobei der letztere und eine Menge anderer Bauernpolitiker bestialisch ermordet wurden.

Sie haben ihre Minister, in das Kabinett Jantoff in dem Augenblick entsandt, da die Propaganda im September 1923 gegen die kommunistische und gegen die Arbeiterbewegung in Bulgarien vollendet war. Damals wurden nach dem Eingehen des Innenministers Kalkow, das er lagor vor dem englischen Gesandten machte, mehr als 1000 Verhaftete, die nicht unmittelbar an dem von der Regierung propagierten Sturze der Kommunisten und Agrarier teilgenommen hatten, getötet.

Sie erhielten 30 Abgeordnetenmandate bei den blutigen Wahlen des November 1923 auf gemeinsamen Listen mit der Regierung. Bei diesen Wahlen wurde feineriert organisierte

kommenden Amnestie besondere Maßnahmen vorbehalten werden, verlangt der Parteitag, daß die Thüringer Regierung besonders die Vergehen aus wirtschaftlicher Not der Arbeitslosen berücksichtigt, um die politischen Vergehen nicht einseitig beurteilen zu lassen.“

### SPD. und Schwerindustrie im antisowjet-russischen Bunde

Das deutsche Ausbeutertum ist bereit und bereit, den Garantiepakt abzuschließen, in den „Völkerverbund“ einzutreten, sich als Achtung und England in die Front gegen Rußland einzuschließen.

In der Siz nach Steigerung der Profite und in der lähmenden Hoffnung, im Schwanze des englischen Imperialismus den eigenen zu stärken. Der Garantiepakt richtet sich eindeutig gegen die russische Arbeiter- und Bauernmacht, gegen die deutsche und gesamte Weltarbeitermacht und Freiheitsbestrebungen der unterjochten Völker Chinas, Indiens, Marokkos. Wie die deutsche Schwerindustrie und ihre sozialdemokratischen Agenten zusammengehen, zeigt folgende Gegenüberstellung zweier Nationen aus:

Die Schwerindustriellen „Lübbelbörger Nachrichten“ schreiben am 27. Juni:

„England mußte alles darauf anlegen, Deutschland von Rußland zu trennen und es in eine weltliche Kombination einzubestehen. Die Abkehr von Kapalle“ nennt eine englische Zeitung das englische Bestreben und „Dala Telegraph“ spricht offen von der Notwendigkeit einer Einheitsfront Europas gegen Rußland.“ ... In der Sowjetzeitungen wird demgegenüber damit gedroht, daß Rußland eine neue außenpolitische Orientierung vornehmen müsse, wenn Deutschland tatsächlich den Pakt mit England und Frankreich abschließen würde. „Diese Gefahr ist heute noch nicht akut.“ ... Diese russischen Drohungen können uns also nicht schrecken.“

Die sozialdemokratische „Ehener Arbeiterzeitung“ schreibt vom 26. Juni:

„Die russische Sowjetregierung übt seit Jahr und Tag — eigentlich schon seit der Unterzeichnung des Kapalle-Vertrages — einen ständigen Druck auf Deutschland aus, damit es seine internationalen Vereinbarungen mit den Ententemächten einhält.“

Man erzählt, daß der deutsche Botschafter Graf Brockdorff-Rantzau gerade jetzt in Berlin eingetroffen ist. Man wird wohl nicht fehlgehen, wenn man dieser Anwesenheit in diesem Augenblick besondere Bedeutung beimißt und die Regierung



Der erste Freiwillige für einen Krieg gegen Sowjetrußland

Teilnahme von Kommunisten und Agrariern zugelassen, die die zwei stärksten Volksparteien im Lande sind.

Sie unterstützen auch nach dem Abgang ihres Ministers Kanaiew aus dem Kabinett Jantoff dessen terroristisches Regime gegen die oppositionell gestimmten Arbeiter- und Bauernmächte und erhoben weder im Inlande noch im Auslande ein einziges Mal ihre Stimme gegen die ununterbrochenen Gewalttaten von gegen die nichtbetraglichen Ermordungen von Arbeiter- und Bauernpolitikern und Parlamentsabgeordneten.

Im Gegenteil, sie stellen ihre Anhänger als Mitarbeiter in verschiedenen bulgarischen Auslandsdelegationen der Regierung zur Verfügung, um dort an der Propaganda zugunsten des Jantoff-Regimes teilzunehmen. Einer dieser sozialistischen Agenten Jantoffs ist der Mitarbeiter der bulgarischen Delegation in London, Dr. Tschirpowski, der mit dem Sekretär der 2. Internationale unmittelbar Verbindung unterhält.

Sie unterstützen völlig die Regierung Jantoff bei deren Ausnützung der Explosion in Sofia für eine neue blutige Abrechnung, die an der Arbeiter- und Bauernbewegung im Lande verübt wurde, wobei wieder 2000 Arbeiter- und Bauernmänner ermordet wurden. Diese blutige Abrechnung dauert auch jetzt noch an in der Form von Hunderten von Urteilen, die ausschließlich von Feldgerichten gefällt werden, wobei mittelalterliche Galgen in Verwendung treten und wobei ununterbrochen Ermordung von Verhafteten „beim Fluchtverlauf“ verübt werden.

Sie erklären das unerhörte skandalöse Todesurteil gegen Friedmann und dessen Genossen für „völlig gerechtfertigt und gerecht“, während sogar einige bürgerliche ausländische Korrespondenten, darunter auch der Sonnenberichterhalter der englischen Zeitung „Manchester Guardian“ in Sofia, behaupten, daß die Verurteilten Friedmann und Kow, wie auch die nach der Gerichtsverhandlung ermordeten fünf Angeklagten nichts mit der Explosion in der Kathedrale von Sofia zu tun gehabt hätten.

Ihre Zeitungen „Koren“ und „Epocha“ führen die schmutzige Kampagne gegen die Ermordeten und zum Tode verurteilten Opfer des toten Jantoff-Regimes, indem sie sie als „Verbrecher“, „Banditen“ und „Kameraden“ hinstellen.

Das alles ist nur ein kleiner Ausschnitt der Feindschaft der bulgarischen Sozialdemokraten. Die bulgarischen Sozialdemokraten sind ihrer terroristischen Internationale voll und ganz ergeben, wie auch diese selbe „Internationale“ die beste Vorbereitung in ihrem Schmelz bis zur Schließung bulgarischer Gefängnisse findet.

Darüber marst, ihre außenpolitischen Entscheidungen von den kommunistischen Ministern und Drohungen abhängig zu machen. Es darf nicht ein neues Jahr bis zum Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund verstreichen.“

Wenn ein Unterschied zwischen diesen beiden Nationen bestehen soll, so besteht der, daß das SPD-Platz mit noch höherem Interesse die Einreichung Deutschlands in die Front gegen Rußland propagiert, als das Schwerindustrielle Platz!

Man versteht nun besser, warum die SPD verhandelt mit den Arbeiterdelegationen und gerade sozialdemokratische Vertreter nach Rußland schickte.

### Die Franzosen melden „Siege“ in Marokko

Paris, 29. Juni. (Telunion.) Aus Algier liegt folgende Kampfericht vor: Der Stützpunkt der Kolonialarmee gegen einen Teil der Front ist gestern mit Artillerie besetzt worden. Der General hat sich auf die Heranziehung von Verstärkungen und den Ausbau seiner Stellungen beschränkt. Eine fliegende Kolonne hat neue Erfolge errungen. Der Gegner erlitt schwere Verluste. Man las auf dem Schaulatz des Gefechtes dreihundert Leichen auf. Ein Polken bei Bab Wisch, der wiederholt heftig angegriffen worden ist, ist von einer fliegenden Kolonne erobert worden. Hierauf wurde die Garnison nach Zerstückung des Munitionsmaterials und der Besatzen zurückgezogen.

### Spanien landet neue Truppen in Marokko

Paris, den 30. Juni. (Telunion.) Der Innenminister hat in Madrid meldet, daß die Schritte des Generals bei Abd el Krim, die auf Unterwerfung des marokkanischen Führers unter die spanische Oberhoheit abzielten, ergebnislos verlaufen sind. Die Vorbereitungen zur Landung von Alhucemas wurden daher wieder aufgenommen. Augenblicklich sind neue Polizeitruppen mit dem Scheich der Stammes jüdisch des Alhucemas Cued Kan angekauft worden, um seine Mitwirkung bei der Landung in der Nacht von Alhucemas zu erreichen. Die ersten Landungstruppen sollen aus eingeborenen Spaniern bestehen, die von spanischen Offizieren befehligt werden. In ihrer Spitze soll Soliman, ein angesehener Verwandter Abd el Krim's treten, der vor zwei Jahren aus dem Rifgebiet flüchtete. Die Landung wird Mitte Juli vorgenommen werden, sobald Primo de Rivera aus Madrid wieder abreist.

### Bersärfung der Lage in China

RIA, London, 29. Juni. In Hoihu sind die Aufregungen heftiger geworden. Augenblicklich ist die Lage dort außerst gespannt. Aus allen Richtungen treffen Studenten ein und versuchen Unruhen anzufachen. Ein britisches Unterboot ist in Hoihu eingetroffen. In Aufschau erriichte der britische Konsul den Militärgouverneur um Schutz auf Grund von Gerüchten über einen Angriff auf die Kabelstadt. In Tschungking agieren geschlagene Soldaten und vermehren die Reihen der Aufruhr.

### Chinesische Protestnote an die deutsche Regierung

Berlin, 30. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die chinesische Regierung hat durch ihre Gesandtschaft dem auswärtigen Amt eine Protestnote gegen die Verhaftung der 18 chinesischen Studenten überreicht. Die Beweisunterlagen zu der Note erweist eine derartige Belastung der verantwortlichen Verantwortlichen, daß die deutsche Regierung alle Forderungen erfüllen wird. Der Referent für die linksradikale Bewegung bei der 1. Volksrat Henning, ist verlegt und zum Leiter des Volksrates Tempelhof ernannt worden. In seine Stelle kommt der bisherige Bearbeiter der rechtsradikalen Bewegung Volksehrer Kitoich.

### Vor neuen Kämpfen in China

New York, 29. Juni. (Telunion.) Bei neuerlichen Unruhen in Shanghai gab es einen Toten. Nach einer Meldung aus Kanton sind die Ausländer des Vorortes Schameen von den englischen und französischen Behörden zum Verlassen von Schameen aufgefordert worden, weil neue Unruhen unmittelbar bevorstehen. Wie aus Peking gemeldet wird, hat General Fong in den Straßen seinen Entschluß zur Durchführung neuer Kämpfe gegen England bis zum bitteren Ende bekannt machen lassen.